

**Rede
Bürgermeister Martin Richard
zur Einbringung des**

Haushaltsplanes 2013

**in der Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung
am 12. November 2012**

Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine Damen und Herren,

1

für den Magistrat und zugleich als Finanzdezernent lege ich Ihnen heute den Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2013 vor.

Bereits in meiner Mitteilung zur Haushalts- und Finanzsituation in der Stadtverordnetenversammlung am 18. Juni 2012 hatte ich darauf hingewiesen, dass auch in 2013 eine schwierige Haushaltssituation zu erwarten ist. Dennoch stehen wir im Vergleich zu vielen anderen Kommunen im Landkreis bzw. in Hessen relativ gut da, weil wir in den vergangenen Jahren über die Parteigrenzen hinweg Haushaltsdisziplin gezeigt haben.

Diese Haushaltsdisziplin forderte der Präsident des Hessischen Rechnungshofes, Prof. Dr. Manfred Eibelshäuser, bei der Vorlage des Kommunalberichts 2012 am 17. Oktober erneut ein. Dabei wies er darauf hin, dass die kommunalen Schulden in den Kernhaushalten der hessischen Kommunen im Jahr 2011 erneut um 11,9% gestiegen und die Kassenkredite, die eigentlich nur zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsengpässe vorgesehen sind, sich um 1,5 Mrd. €, und damit um 29,4% auf einen neuen Höchststand von 6,4 Mrd. € gesteigert haben.

...

Ergänzend erklärte er, dass die Höhe der Verschuldung den politischen Gestaltungsspielraum verringert und die kommunale Kreditversorgung sich mit Umsetzung des Basel III-Abkommens erschweren dürfte.

Diese Zusammenhänge sind der großen Mehrheit dieses Hauses bereits seit mehr als zehn Jahren bewusst und wir handeln entsprechend.

- Sparsame Haushaltsführung,
- Straffung beim Personal,
- Schuldenabbau und damit Reduzierung von Zins- und Tilgungszahlungen,
- Bildung von Rückstellungen,
- Übertragung von Gemeinschaftseinrichtungen an Vereine und Verbände (z. B. Hallenbäder),
- Gewinnen von Investoren für die Sanierung von ehemals städtischen Gebäuden und
- die positive wirtschaftliche Weiterentwicklung unserer Stadt

haben es uns in der Vergangenheit ermöglicht, in die Zukunftsfähigkeit Limburgs zu investieren. Dies sollte auch in der Zukunft unsere Leitlinie

sein, auch wenn wir uns weiter auf unsere eigentlichen Kernaufgaben beschränken müssen. Dies sind

- die notwendigsten Investitionen in die Infrastruktur,
- die Umsetzung des Programms „Ortsmitte neu erleben“,
- Maßnahmen in den „Aktiven Kernbereichen“,
- der Ausbau der Kinderbetreuung,
- weitere Abschnitte zur Sanierung unserer Liegenschaften,
- der Abschluss der Altstadtanierung mit einer Restmittelverwendung vor Ort.

Der Aufbau des „Mechanikums“ auch dank der Unterstützung der EU und des Landes sowie die zahlreichen freiwilligen Aufgaben zur Förderung von ehrenamtlich Tätigen, besonders in den Vereinen und Verbänden, sind da äußerst positive Ausnahmen über unsere Kernaufgaben hinaus.

Voraussetzung für die Haushaltskonsolidierung sowie die politische und die Verwaltungssteuerung sind nach dem Kommunalbericht des Landesrechnungshofes, auch die fristgerechte Aufstellung, Prüfung und Beschlussfassung der

...

kommunalen Jahresabschlüsse. Nur sie können danach zeitnah Transparenz und damit den Entscheidungsträgern notwendige Informationsgrundlagen zur Verfügung stellen. Dieses Ziel wurde hessenweit bisher deutlich verfehlt.

Hier befinden wir uns im Vergleich zu anderen Kommunen auf einem positiven Weg.

Die Jahresabschlüsse 2008 und 2009 sind beschlossen.

Der Jahresabschluss 2010 liegt ebenfalls vor. Die Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt dürfte in Kürze abgeschlossen sein.

Bevor ich zum Haushaltsplan 2013 komme, bedanke ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen des Magistrats für das erzielte Ergebnis, das ich heute vorlegen kann. Wir haben diesen Entwurf intensiv, einvernehmlich, in gutem Klima, offen und fair beraten und nach eingehender Diskussion verabschiedet. Bedanken möchte ich mich aber auch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, insbesondere der Kämmerei, die dieses umfangreiche Werk vorbereitet haben.

Vor dem Blick auf die Haushaltssatzung 2013, gestatten Sie mir bitte noch je einen kurzen Blick auf den Jahresabschluss 2011 und die aktuelle

...

Entwicklung im Haushaltsjahr 2012, damit wir uns gemeinsam vergegenwärtigen, auf welcher Basis wir in das Haushaltsjahr 2013 starten werden.

Haushaltsjahr 2011

2

Nachdem es uns gelungen war, die ersten doppelten Haushaltsjahre 2008 bis 2010 mit Überschüssen abzuschließen, mussten wir im Jahresergebnis 2011 einen Fehlbetrag von über 1,6 Mio € verkraften.

Veranschlagt war im Gesamtergebnisplan 2011 allerdings ein Fehlbetrag i. H. v. rd. 5,9 Mio €.

3

Mehrerträge von 10,8 Mio € - schwerpunktmäßig aus dem Steuerbereich - haben, saldiert mit Mehraufwendungen von 8,1 Mio € (Gewerbesteuerumlage und KFA-Rückstellung), zu einer Verbesserung des **Verwaltungsergebnisses** um 2,7 Mio € beigetragen.

Das um 0,8 Mio € verbesserte **Finanzergebnis** beruht auf vermehrten Nachzahlungszinsen und Zinseinnahmen aufgrund damals noch möglicher Termingeldanlagen.

...

Mit einer Verbesserung um gleichfalls
rd. 0,8 Mio €
hat auch das **außerordentliche Ergebnis**
(schwerpunktmäßig Verkaufserlöse über Buch-
wert im Grundstücksverkehr) mit dazu beigetra-
gen, dass sich schlussendlich im Gesamtjahres-
ergebnis 2011 der Fehlbetrag auf
rd. 1,6 Mio €
reduzierte.

Haushaltsjahr 2012

4

Geplant war für das Haushaltsjahr 2012 ein Fehl-
betrag von knapp 5,0 Mio €.

Aufwandsseitig hat sich der Haushaltsvollzug im
Wesentlichen planmäßig entwickelt.

Einnahmeseitig erhielten wir bei der Gewerbe-
steuer in den ersten beiden Quartalen hohe
Nachzahlungen für Vorjahre. Leider ist diese
Entwicklung aber im dritten Quartal abgerissen
und auch für das laufende vierte Quartal erwarten
wir aufgrund der bisherigen Zahlungseingänge
allenfalls ein Aufkommen in Höhe des beschei-
denen Ergebnisses des dritten Quartals.

5

Gleichwohl kann, sofern im laufenden Quartal
nicht noch ein extremes Negativereignis eintritt,
beim Jahresergebnis der Gewerbesteuer 2012
mit einem entsprechenden Mehrertrag gegenüber

...

dem vorsichtig und gewissenhaft kalkulierten Haushaltsansatz gerechnet werden.

Dieser ist natürlich auch mit einem Mehraufwand an Gewerbesteuerumlage und Zuführung zur KFA-Rückstellung verbunden. Trotzdem erscheint es z. Z. realistisch, wenn wir uns für den Jahresabschluss 2012 das Ziel setzen, den mit 5,0 Mio € veranschlagten Jahresfehlbetrag im Ergebnis auf 3,0 Mio € begrenzen zu können.

6

Damit würde für das Haushaltsjahr 2013 ein Gewinnvortrag von rd. 2 Mio € verbleiben.

Haushaltsjahr 2013

7

Der Gesamtergebnisplan weist für 2013 einen Fehlbetrag von fast 3,1 Mio € auf. Auch der ergänzende Blick auf die Entwicklung im Finanzplanungszeitraum bis 2016 zeigt nur "rote Zahlen", die sich in der Summe auf 6 Mio € belaufen.

8

Trotz der von Jahr zu Jahr sinkenden Fehlbeträge, die aber zumindest eine Entwicklung in die richtige Richtung signalisieren, ist dies finanzwirtschaftlich betrachtet natürlich unbefriedigend - auch wenn die Zukunftsaussichten im letzten Jahr mit drohenden Fehlbeträgen von 8,5 Mio € noch deutlich schlechter waren.

...

Einen erheblichen Anteil an der Verbesserung hat die konsequente Entscheidung des Magistrats, der Stadtverordnetenversammlung die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren ab dem 01.01.2013 zu empfehlen. Der einschlägige Satzungsentwurf liegt ihnen bereits vor.

Ich weiß, dass dies im Kreisgebiet eine höchst unpopuläre Maßnahme ist, aber in einer Vielzahl von hessischen Städten und Gemeinden werden mit der größten Selbstverständlichkeit seit Jahrzehnten Straßenreinigungsgebühren erhoben.

Bei unserer anhaltend defizitären Haushaltslage kann es der Magistrat nicht länger verantworten, auf jährliche Einnahmen von 545.000 € zu verzichten.

Falls nun die Eine oder der Andere von Ihnen sich im Stillen fragt, ob es sich eigentlich lohnt, sich für diesen Betrag den damit verbundenen Ärger einzuhandeln, möchte ich nur auf zwei Argumente hinweisen:

Erstens sind mehr als eine halbe Millionen € pro Jahr auf jeden Fall eine Menge Geld, vor allem im Hinblick darauf, dass wir Gebühreneinnahmen ja „brutto für netto“ vereinnahmen können, d. h. diese Einnahme verbleibt tatsächlich in voller Höhe in **unserer** Kasse, im Gegensatz zu Steuereinnahmen, von denen uns – nach Umlagen

...

und Kommunalem Finanzausgleich - nur ein kleiner Prozentsatz echt verbleibt.

Zweitens erfüllen wir mit der Einführung der Straßenreinigungsgebühren schlicht und einfach eine gesetzliche Vorgabe dahingehend, dass wir uns primär aus Entgelten für unsere Leistungen und erst sekundär aus Steuern finanzieren sollen. Wurde dies in der Vergangenheit in der kommunalen Praxis doch eher großzügig gehandhabt, wird die Einhaltung spätestens seit dem Beginn der kommunalen Finanzkrise mit immer mehr Nachdruck vom Land gefordert und von der Kommunalaufsicht überwacht. Die „Leitlinie zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte und Handhabung der kommunalen Finanzaufsicht über Landkreise, kreisfreie Städte und kreisangehörige Städte und Gemeinden“ des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 06. Mai 2010 fordert eindeutig, dass bei defizitärer Haushaltswirtschaft in den klassischen Gebührenhaushalten (Wasser, Abwasser, **Strassenreinigung**, Bestattungswesen grundsätzlich keine Unterdeckungen entstehen dürfen.

Auch die danach veröffentlichten jährlichen Finanzplanungserlasse, welche neben den Orientierungsdaten auch stets allgemeine Anweisungen zur Haushalts- und Wirtschaftsführung umfassen, haben stets die Pflicht der Kommunen betont, im Rahmen der Konsolidierungsmaßnahmen **alle** Möglichkeiten der Erzielung von Er-

...

trägen und Einzahlungen zu nutzen. Weiterhin heißt es z. B. im diesjährigen Finanzplanungserlass wörtlich: „Unterdeckungen in den Gebührenhaushalten sind nicht akzeptabel.“ Auf diese Verpflichtung hat auch die Kommunalaufsicht in ihrem Anschreiben zum Finanzplanungserlass nochmals deutlich hingewiesen.

Wir sind daher keineswegs frei in der Entscheidung über die Einführung der Straßenreinigungsgebühr! **Außerdem schaffen wir damit ein Stück Gerechtigkeit zwischen Bewohnern in Stadtteilen und Wohngebieten, die ordnungsgemäß ihre Straßen kehren und nicht schon seit Jahren eine Sonderbehandlung erfahren wie Anlieger in der Innenstadt.**

Der sich im Finanzplanungszeitraum abzeichnende Defizitabbau kann weiterhin nur dann gelingen, wenn unsere Steuereinnahmen den erhofften stabilen positiven Wachstumstrend beibehalten.

Unsere Steueransätze basieren dabei auf den Orientierungsdaten des Hessischen Innenministeriums vom September 2012, welche im Wesentlichen auf einer Regionalisierung der Ergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ von Mitte Mai beruhen. Deren Berechnungen lag die gesamtwirtschaftliche Projektion der Bundesregierung vom April 2012 zu Grunde, welche auf der zentralen Annahme basiert, dass die Lösung

...

der Schuldenkrise weiter vorankommt und der Finanzsektor stabil bleibt. Damit wird das Wirtschaftswachstum weiter moderat positiv eingeschätzt. Das für die Steuerschätzung relevante **nominale** Wachstum des Bruttoinlandprodukts wird für 2012 vom Bundesministerium für Wirtschaft mit 2,3 % angenommen, das **reale** Bruttoinlandsprodukt wird von der Bundesregierung mit + 0,7 % prognostiziert, bei einer erwarteten Preissteigerung von + 1,6 %. Für den mittelfristigen Zeitraum bis 2016 wird von einem anhaltend positiven **realen** Wirtschaftswachstum von 1,5 % pro Jahr ausgegangen, wofür der Zuwachs beim **nominalen** Wachstum mit rd. 3 % deutlich höher liegen muss.

Alles in allem also **sehr** optimistische Grundannahmen - und dann kam die **November-Steuerschätzung** und hat auf alles für 2012 sogar noch ein Schippchen draufgepackt.

Sofort war reges Rauschen im Blätterwald:

- Rekordsteuereinnahmen
- Ausgeglicherer Bundeshaushalt schon 2014
- Ruf nach Steuersenkungen.

Wie ist das zu bewerten?

Fangen wir mit dem letzten Punkt an – die Steuerschätzungen erfolgen stets auf der Basis des **geltenden** Steuerrechts, d. h. eventuelle Wahlkampfgeschenke in Form von Steuersenkungen sind da natürlich noch nicht eingepreist.

Passend zum Thema ist sicherlich auch die Vermutung, dass ein gehöriges Maß an Zweckoptimismus bei den Steuerschätzungen nicht nur **allen** Wahlkämpfern zupasskommt, sondern angesichts der extrem nervösen Finanzmärkte zu deren Beruhigung sogar als staatstragende Pflicht ausgelegt werden kann.

Wissen muss man auch, dass die Steuerschätzung methodisch auf **Gesamtschätzungen** für den Bund, die Länder, die Gemeinde und die EU beruht. Unterschieden wird dabei – aufgrund ihrer statistischen Besonderheiten – nur zwischen der Gesamtheit der **neuen** und der **alten** Bundesländer und zwischen der Gesamtheit der **Stadtstaaten** und der **Flächenländer**. Schon eine Differenzierung der Schätzwerte für den Gesamtstaat auf **einzelne** Bundesländer führt zu deutlichen Abweichungen von Bundesland zu Bundesland. Noch weit mehr aufgelöst wird der Sachzusammenhang, wenn es um die Gemeindesteuern geht und hier insbesondere die Gewerbesteuer, die fast völlig von **örtlichen** Einzelfallentwicklungen abhängig ist, da diese die gesamtstaatliche

...

Entwicklungskomponente um ein Mehrfaches überlagern. Um dies an einem konkreten Beispiel zu verdeutlichen, rufe ich Ihnen die eingangs gezeigte Auflistung des Gewerbesteueraufkommens 2012 in Erinnerung:

9

Es mag nun durchaus sein, dass die bundesweite Gesamtheit aller Städte und Gemeinden im dritten Quartal drei Prozent **mehr** an Gewerbesteuer eingenommen haben als im zweiten Quartal 2012. Diese rein statistische Aussage bringt uns aber nur sehr begrenzte Erkenntnisse, denn **vor Ort** haben wir im dritten Quartal ein Drittel **weniger** Gewerbesteuer eingenommen. Grundsätzlich ist dieses spezielle Problem für die Gewerbesteuer seit langem bekannt und das Hessische Innenministerium empfiehlt daher, bei Steuerschätzungen mehr den örtlichen Verhältnissen als dem bundesweiten Trend zu folgen.

Erschwerend kommt allerdings hinzu, dass wir aktuell feststellen müssen, dass auch bei der Einkommensteuer auf den Bundestrend nicht mehr eindeutig Verlass ist, obwohl hier in der Vergangenheit die bundesweiten Unterschiede deutlich geringer waren.

Ein Blick auf die diesjährige Entwicklung unseres Gemeindeanteils an der Einkommensteuer belegt eindeutig einen negativen Trend, obwohl für die Gesamtheit der alten Bundesländer für 2012 ein Zuwachs von 6 % geschätzt wird.

10

...

Vor **übertriebener** Euphorie angesichts der aktuellen Steuerschätzung kann ich also nur eindringlich warnen, jeder von uns muss sich auch klar darüber sein mit welcher erheblichen Risiken sie belastet ist.

Dass wir z. Z. zwar auf dem richtigen Weg sind, unsere Finanzwirtschaft aber gleichwohl noch nicht korrekt läuft, zeigt sich auch im Gesamtfinanzplan.

11

Im Normalfall muss hier - wie es uns auch bis einschließlich 2011 gelungen ist - aus laufender Verwaltungstätigkeit ein Finanzmittelüberschuss erwirtschaftet werden, mit dem wir einerseits die Tilgung unserer Darlehensverbindlichkeiten leisten und andererseits den notwendigen Eigenanteil bei den Investitionsmaßnahmen aufbringen können.

In 2012 und 2013 gelingt es uns **nicht**, einen Finanzmittelüberschuss zu erwirtschaften, im Gegenteil, wir haben mit 2,4 Mio € und 1,7 Mio € Fehlbeträge aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Vereinfacht ausgedrückt: **Wir leben von der Substanz!**

Es gelingt uns **nicht** unsere laufenden Auszahlungen periodengerecht mit laufenden Einzahlungen gegen zu finanzieren.

...

Dieser Zustand lässt sich bekanntlich nicht allzu lange durchhalten, denn er bleibt natürlich nicht ohne Auswirkungen auf unseren Finanzmittelbestand.

Dieser wird - rein rechnerisch - am Ende des Haushaltsjahres 2013 auf
knapp 3 Mio €
absinken. Hierin ist allerdings die sich abzeichnende Verbesserung im Jahresabschluss 2012 noch nicht enthalten.

Einen Finanzmittelbestand in etwa dieser Größenordnung müssen wir auch in den Fortschreibungsjahren vorhalten, um ihn der Stadtkasse als „Betriebsmittelrücklage“, zum Ausgleich von im Jahresverlauf differierenden Einzahlungs- und Auszahlungsentwicklungen, zur Verfügung stellen zu können. Zur Erinnerung:

In der „alten“ kameralen Haushaltswirtschaft firmierte dies als „Mindestbestand der allgemeinen Rücklage“. Aktuell geworden ist diese Thematik durch die letzte Änderung der Hessischen Gemeindeordnung. Seit 01.01.2012 bedarf der in der Haushaltssatzung festgesetzte Höchstbetrag der Kassenkredite der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde. Hier hat der Gesetzgeber in meinen Augen wegen einiger schwarzer Schafe, die man auch anderes hätte in den Griff bekommen können, mit seiner generellen Genehmi-

...

gungspflicht doch weit über das Ziel hinausgeschossen. Nichtsdestotrotz müssen wir uns natürlich an diese gesetzlichen Vorgaben halten. Der Magistrat hat darauf in der Form reagiert, dass in der Haushaltssatzung 2013 **keine** Kassenkredite festgesetzt werden.

Gleiches gilt für die Kreditaufnahme für Investitionen.

13

Im Haushaltsjahr 2013 ist keine Kreditaufnahme für Investitionen vorgesehen, d. h. bei
rd. 1,4 Mio €
Tilgung werden wir erneut einen Schuldenabbau erzielen.

Auch in den Fortschreibungsjahren der Finanzplanung wollen wir veranschlagungsgemäß auf Kreditaufnahmen verzichten, ob uns dies in Zukunft tatsächlich gelingen wird, fällt in die Rubrik „Unwägbarkeiten“ und muss in den dann anstehenden Haushaltsberatungen jeweils aktuell entschieden werden.

Falls uns dies gelingt, würde sich folgende Entwicklung ergeben:

14

Ende 1997 belief sich unser Schuldenstand
auf 38,5 Mio €. Im Laufe der Jahre bis 2012 ist es uns gelungen, den Schuldenstand zu halbieren, auf
voraussichtlich 18,4 Mio €
am Jahresende.

...

Sofern wir Kurs halten können, würden Ende 2016 mit dann 12,7 Mio € nur noch ein Drittel unserer Ursprungsschulden zu Buche schlagen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dazu darf ich feststellen:

Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht, für uns ist eine nachhaltige Finanzwirtschaft und intergenerative Gerechtigkeit schon seit langem kein Fremdwort mehr.

Dabei ist dieser Schuldenabbau ja kein Selbstzweck, sondern die Grundlage für Einsparungen beim Schuldendienst – und dies sind die einzigen Einsparungen, die wir tätigen können ohne unsere Bürger mit ggf. schmerzhaften Leistungseinschränkungen belasten zu müssen. Unabhängig davon schaffen wir für künftige Generationen zusätzliche Gestaltungsmöglichkeiten.

Gestatten Sie mir noch einige Ausführungen zu allgemeinen Themen. Es sind in diesem Jahr:

15

- Steuern und Gebühren
- Personalsituation
- Stadtentwicklung
- Verkehr
- Bürgerhäuser und Liegenschaften
- Kinderbetreuung
- Jugendpflege
- Lokales Bündnis für Familie
- Tourismus / Stadtmarketing
- Politische Entscheidungen

...

Steuern und Gebühren

16

Wie zuvor erwähnt, verlangt die Kommunalaufsicht kostendeckende Gebühren zu erheben. Diese sind in Limburg auch festgesetzt, während zahlreiche benachbarte Kommunen „noch“ nicht kostendeckend arbeiten bzw. über Steuer- und Gebührenerhöhungen diskutieren. Dennoch stehen wir im Vergleich mit den weitaus kleineren anderen Städten und Gemeinden des Landkreises Limburg-Weilburg in den meisten Bereichen sehr gut dar. Unser wirtschaftliches Arbeiten zeigt sich darin, dass wir teilweise im Ranking zurückgefallen sind.

17

Bei der Grundsteuer A liegen wir als ehemaliger Spitzenreiter im Kreisgebiet mit 230 Punkten an 14. Stelle. Der durchschnittliche Hebesatz im Landkreis Limburg-Weilburg liegt bei 253,42%. Hier haben wir 2009 noch auf dem 5. Platz gelegen. Bei der Grundsteuer B (Hebesatz 290) sind wir mittlerweile auf den 3. Platz zurückgefallen. Hier liegen wir allerdings noch über dem durchschnittlichen Hebesatz des Landkreises mit 250,79%. In den Gewerbesteuerhebesätzen (350%) liegt Weilburg gleich auf an der Spitze. Andere Kommunen kommen uns ständig näher. Hier liegt der durchschnittliche Steuersatz im Kreisgebiet bei 317,37%.

18

19

Bei den Wassergebühren stehen wir nach wie vor mit 1,82 € je cbm an 9. Stelle, wobei sich der Un-

20

...

terschiedsbetrag zu den Spitzenreitern mittlerweile erhöht hat. Auch der Durchschnittssatz des Kreises mit 1,87 € pro cbm liegt höher. Bei den reinen Abwassergebühren mit Kläranlage liegen wir unter Berücksichtigung der Gebühren für das Niederschlagswasser im fiktiven Vergleich bei 3,07 € je cbm reinem Frischwassermaßstab nur noch auf dem 18. Platz. Der Durchschnittssatz kreisweit ist hier 4,03 € je cbm. In der Addition von Abwasser- und Wassergebühr befinden wir uns im Landkreis Limburg-Weilburg an drittletzter Stelle und damit bereits beachtliche 3,02 € pro cbm hinter dem Spitzenreiter Dornburg. Das sind bei einem vierköpfigen Haushalt ca. 360,00 € weniger im Jahr, die eine Familie in Limburg zu zahlen hat.

21

22

Im Vorstand des Abwasserverbandes sind wir weiterhin bestrebt von der reinen Kreditfinanzierung der Investitionen wegzukommen und damit Zins- und Tilgungslasten dauerhaft zu reduzieren.

Personalsituation

23

Der Stellenplan 2013 weist keine neuen Stellen und insgesamt 4,75 Stellen weniger als der des laufenden Haushaltsjahres aus. Zum einen wurde er um Anteile von Stellen bereinigt, deren Stelleninhaber/innen im Laufe des Jahres von der Freistellungsphase der Altersteilzeit in Rente gegangen sind, zum anderen wird die Stelle eines aus-

24

...

geschiedenen Beamten eingespart und zukünftig wegfallen. Letztlich enthält der Stellenplan 2013 auch nicht mehr die drei vorgesehenen Stellen im Zusammenhang mit der Übernahme der Parkeinrichtungen durch die Stadt. Über die Vorlage des Magistrates hat die Stadtverordnetenversammlung noch nicht endgültig entschieden. Gegebenenfalls sind dafür Stellen im Jahre 2014 wieder einzustellen.

Davon unbeeinflusst steigen die Personalkosten in diesem Jahr erstmals über die Marke von 15 Mio. €. Die Gehälter für die tariflich Beschäftigten sind zum 01.03.2012 um 3,5 % gestiegen und werden zum 01.01. und zum 01.08.2013 jeweils um weitere 1,4 % steigen, was unseren Haushalt mit knapp 600.000 € jährlich zusätzlich belastet.

25

Die Besoldung der Beamten und die Versorgungsbezüge wurden zum 01.10. dieses Jahres um 2,6 % erhöht. Bei unserer Planung haben wir eine Besoldungserhöhung durch den Landesgesetzgeber zum 01.10.2013 um weitere 3 % unterstellt, was den Haushalt mit ca. 100.000 € belastet.

Die Stadtverordnetenversammlung hat den Magistrat im Rahmen der letztjährigen Haushaltsberatung beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Personalrat eine Personalentwicklungsplanung zu erstellen.

26

...

Der Magistrat ist diesem Auftrag nachgekommen und hat Ihnen das gemeinsam erarbeitete Personalentwicklungskonzept mit der Drucksache 12/0484 vorgelegt. Die wesentlichen Eckpunkte dieses Papiere sind:

- die Verbesserung des Feedbacks zwischen Mitarbeitern und Vorgesetzten durch Einführung eines jährlichen Mitarbeitergespräches,
- die Weiterentwicklung der Frauenförderung,
- ein Konzept, um Führungsnachwuchskräfte zu entwickeln und letztlich
- die Bildung einer Bewertungskommission, um die Transparenz des Stellenbewertungsverfahrens zu erhöhen.

Der Personalrat steht voll inhaltlich hinter dem Personalentwicklungskonzept, lediglich in einem Punkt konnte keine Übereinstimmung erzielt werden. Dieses Gremium sieht es als sinnvoll an, durch ein externes Institut eine Mitarbeiterbefragung durchführen zu lassen, um mit Hilfe einer zweiten Befragung zu einem späteren Zeitpunkt eine Wirkungskontrolle des Personalentwicklungskonzeptes vornehmen zu können. Er hat auch gebeten, hierfür Mittel in den Haushalt einzustellen, ohne bislang jedoch genau mitgeteilt zu haben, was untersucht werden soll.

Für eine anonyme oder anonymisierte Befragung der Mitarbeiter sind die städtischen Organisationseinheiten überwiegend zu klein. Der Magistrat und die Verwaltung setzen daher auf die Einführung des jährlichen Mitarbeitergespräches, um die Kommunikation zwischen Vorgesetzten und Mitarbeitern zu verbessern.

Die vorliegenden Anträge auf Stellenneubewertung wurden zurückgestellt, bis die Stellenbewertungskommission ihre Tätigkeit aufgenommen hat. Somit sieht der Stellenplan 2013 auch keine Stellenanhebungen vor, bis auf die Stelle eines Waldarbeiters, die aufgrund einer tariflichen Regelung angehoben werden kann.

Im Übrigen sieht das Personalentwicklungskonzept die Fortführung seit Jahren bewährter Maßnahmen vor, wie z. B. die Ausbildung über den eigentlichen Bedarf hinaus, die Intensivierung von Fortbildung, die Beachtung des demographischen Faktors, die Weiterentwicklung vom Gesundheitsmanagement und die Förderung von Schwerbehinderten.

Stadtentwicklung

Zahlreiche Daten und Fakten wie z. B. die außerordentlich hohe Einzelhandelszentralität, der Zuwachs an Arbeitsplätzen und Pendlern zeigen, dass sich unsere Stadt in den vergangenen Jahren äußerst positiv entwickelt hat. Auf einige Einzelheiten gehe ich später noch ein.

Das durch Bund und Land geförderte Programm „Aktive Kernbereiche“ bietet uns beste Möglichkeiten zu einer weiteren Attraktivitätssteigerung der Innenstadt. Das durch uns selbst aufgelegte Programm „Ortsmitte neu erleben“ bietet Chancen der Verödung der Ortskerne entgegen zu steuern und für deren Aufwertung zu sorgen. Auch wenn wir über die weitere Entwicklung der „WERKStadt“ unterschiedlich und heftig diskutiert haben (das gehört zu einer Demokratie) so sind wir uns, so denke ich, alle einig, dass mit diesem Vorhaben eine große Chance für die weitere Stärkung der City besteht. Der Bauantrag für dieses Vorhaben liegt vor. Ich gehe davon aus, dass mit der Maßnahme im Frühjahr 2013 begonnen werden kann. Gleiches gilt für die Errichtung des Mechanikums. Nach Verzögerungen durch Urheberrechtsdiskussionen liegt mittlerweile der Förderbescheid der EU vor, so dass der Magistrat die Erarbeitung des pädagogischen Konzeptes und auch die Hochbauplanung in Auftrag geben konnte.

...

Die im Jahre 2012 durchgeführte Neugestaltung der oberen Bahnhofstraße ist ein positiver Schritt hin zu einer modernen, erfrischend gestalteten Fußgängerzone für die Innenstadt. Den nächsten Abschnitt im Bereich der Werner-Senger-Straße zwischen Graupfortstraße und Hospitalstraße haben wir im Haushaltsplanentwurf 2013 berücksichtigt.

28

29

30

Dankbar bin ich für die gute Zusammenarbeit mit dem CityRing und dem Arbeitskreis Limburger Altstadt sowie zahlreichen Sponsoren, die Veranstaltungen ermöglichen und damit einen wesentlichen Beitrag zum hohen Ansehen Limburgs in der gesamten Region erbringen.

Mitte 2012 haben wir mit der Abrechnung der förmlich festgelegten Sanierungsgebiete „Verwaltungs- und Kulturzentrum“ sowie „Westliche und östliche Altstadt“ begonnen. Zahlreiche Grundstückseigentümer zeigen dabei Verständnis für unser Handeln und waren bereit, mit einer Rabattierung freiwillige Vereinbarungen zu unterzeichnen.

Aber nicht nur der Handel boomt in Limburg. Gleiches gilt für Produktion und Dienstleistungen. Neuansiedlungen, Verlagerungen oder größere Erweiterungsbauten wie u. a.

...

- WM Treuhand und Steuerberatungsgesellschaft AG,
- Apotheke und Logistikzentrum des St. Vincenz-Krankenhauses,
- Harmonic Drive,
- Albert Weil AG,
- Bimatec Soraluec,
- AMEFA GmbH,
- Fa. Trost Auto Service,
- OHL TECHNOLOGIES und
- Global Flash

können sich sehen lassen, leisten einen Beitrag zu einer ausgewogenen Wirtschaftsstruktur und werden uns auch in Zukunft nachhaltig finanzielle Möglichkeiten eröffnen.

Verkehr

Bereits in meiner letztjährigen Haushaltsrede hatte ich darauf hingewiesen, dass sich unsere Bemühungen bedeutend stärker auf die Entlastung vom Durchgangsverkehr konzentrieren müssen

...

und das neben den für den Luftreinhalteplan vorgeschlagenen Maßnahmen, bei denen wir eine bedeutend konsequentere Haltung des Landes erwarten, nur die mittelfristige Realisierung der Südumgehung weiterhilft. **Daher fordere ich Sie auf, noch in diesem Jahr zu einer Entscheidung über die Trasse zu kommen, damit wir unsere letzte Chance zur Aufnahme in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes 2015 erhalten. Es wird meines Erachtens unsere letzte Chance sein.** Eine fehlende Entscheidung wird das Projekt nach meiner Einschätzung, nicht nur fünf oder sechs Jahre, sondern um zwanzig oder dreißig Jahre nach hinten schieben bzw. jede Hoffnung auf Realisierung zerstören.

Ich zitiere hier nochmals aus meiner Haushaltsrede vom 07. November 2011:

33

„Die fachlich beste Lösung ist gefunden, egal ob sie unseren politischen Vorstellungen entspricht oder nicht. Jetzt, müssen wir gewichten: Was ist wichtiger?

- Die Umgehung und die damit verbundene Entlastung der Innenstadt oder
- politisch Recht behalten?

Ich empfehle Alternative 1. Wir sind in einer Situation, wo es meines Erachtens heißt, Schul-

...

terschluss zu zeigen und zu hoffen, dass der Bund, trotz erheblicher Mehrkosten, die Maßnahme in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes aufnimmt.“

Unabhängig von der Umgehungsstraßendiskussion erhoffen wir uns Verbesserungen im öffentlichen Personennahverkehr. Eine Konzeption wird durch ein externes Büro erarbeitet. Die positive Bürgerresonanz zeigt das große Interesse an dieser Planung. Dabei müssen wir auch künftig in enger Abstimmung mit der Verkehrsgesellschaft Lahn-Dill-Weil (VLDW) arbeiten.

Die Zugverbindungen des ICE werden auch im kommenden Fahrplan für eine gute Anbindung unserer Stadt national und international sorgen. Erfreulicherweise hat sich die Bahn AG nach einem langen Reifeprozess und mehrfach vorgebrachten Bitten unsererseits dazu bereit erklärt, die Parksituation für längerfristig Reisende zu verbessern.

Dankbar können wir auch für die gute Zusammenarbeit mit Hessen Mobil bei der Sanierung der Lichfieldbrücke und der Neugestaltung des Kreisverkehrs an der Offheimer Spange sein. Besonders die erste Maßnahme konnte ohne größere Behinderungen für die Innenstadt abgewickelt werden.

Bürgerhäuser und Liegenschaften

34

Ein Bereich des Haushalts, der uns zunehmend stärker finanziell belastet, ist der Bereich der Unterhaltung unserer gesamten städtischen Gebäude.

Über 1,2 Millionen € bringen wir im kommenden Jahr für die allgemeine Bauunterhaltung alleine im städtischen Kernhaushalt auf. Hinzuzurechnen sind das Brüderhaus über den BHF, das Schloss im Sanierungsgebiet, die Parkhäuser über die Stadtlinie, die Liegenschaft der Anna-Ohl-Stiftung sowie die Josef-Kohlmaier-Halle. Unsere Gebäude werden also für weit mehr als 2 Millionen € unterhalten!

Schon heute ist klar, dass die allgemeine Bauunterhaltung auch in den kommenden Jahren einen großen Teil unserer finanziellen Möglichkeiten beanspruchen wird.

Das ist auch kein Wunder. Die Stadt bietet eine sehr gute Infrastruktur - und dies aufgrund des starken Augenmerks, das wir auf unsere Stadtteile haben, gleich sieben- bzw. achtfach. Sieben Bürgerhäuser plus Gemeindezentren in Blumenrod und der Nordstadt, eine Stadthalle, acht Feuerwehrgerätehäuser, acht Trauerhallen, zehn Kindertagesstätten plus 50%-Beteiligung bei den kirchlichen Kita-Gebäuden, sozialer und freifinanzierter Wohnungsbau sowie Verwaltungsgebäude in der Stadt und teilweise noch in den Stadtteilen

35

...

sind nur die größten städtischen Bauten, deren Unterhaltung uns viel kostet.

Wir haben nun schon vielfach über die notwendigen Sanierungen diskutiert. Das Schloss mit über 6 Millionen € Sanierungsbedarf, das Brüderhaus sowie die vier ältesten Bürgerhäuser stehen zurzeit oder demnächst auf der Agenda. Wenn wir energetische Sanierung wirklich sinnvoll betreiben wollen, müssten wir eigentlich das Rathaus möglichst dringend sanieren, da hier aufgrund der Nutzung durch mehrere hundert Mitarbeiter am meisten Strom und Wärme verbraucht wird und folglich eigentlich nur hier nennenswerte Energieeinsparungen möglich sind.

Im vorliegenden Haushalt haben wir den nächsten Bauabschnitt des Bürgerhauses in Staffel vorgesehen. An diesem Beispiel möchte ich exemplarisch festmachen, dass wir uns gemeinsam über den zukünftigen Anspruch innerhalb der Liegenschaften Gedanken machen müssen.

Es liegt ein Sanierungskonzept des Bürgerhauses vor, das eine umfassende energetische Sanierung vorsieht. Gleichzeitig nimmt es Rücksicht auf die vorhandene, aber durch Staffeler Bürger nicht gut besuchte Gastwirtschaft. Das Konzept schafft auch die notwendigsten Lösungen in Sachen Abstellmöglichkeiten - ohne jedoch jeden Wunsch aufzugreifen. All dieses soll ohne Anbau der Bühne 1 Millionen € kosten.

Wir müssen uns vor dem Beginn der Sanierung nochmals darüber unterhalten, ob wir uns diesen Standard bei der Sanierung aller Bürgerhäuser überhaupt leisten können. Klar ist, wenn wir den Standard der Planungen für Staffel auf alle Bürgerhäuser anwenden, werden wir eine Sanierung in allen Stadtteilen innerhalb von sechs Jahren niemals abschließen können.

Hier gilt es uns frei von Lokalpatriotismus zu fragen, welche Gebäude überhaupt noch in welchem Umfang von wem genutzt werden. Damit das klar ist: Bürgerhäuser in allen Stadtteilen war ein Ziel, das wir erreicht haben und zu dem ich auch weiterhin stehe. Allerdings muss man sich den Bedarf anschauen und gleichzeitig erwarten, dass die Vereine und Gruppen vor Ort sich so absprechen, dass der vorhandene Raum auch sinnvoll genutzt werden kann.

Im Bereich des Wohnungsbaus werden wir den Stadtverordnetenbeschluss zum Verkauf der städtischen Liegenschaften weiter umsetzen nachdem die Nachfrage wieder stärker wird. Anfang 2013 erfolgt hierzu eine Vorlage zum Verkauf einer Wohnimmobilie. Hier läuft zurzeit auf der Grundlage eines Gutachtens eine Ausschreibung. Der Eschhöfer Bahnhof wird folgen.

Es geht nicht darum, dass wir Wohnraum in Limburg aufgeben wollen. Vielmehr sieht man im Moment, was zahlreiche private Bauvorhaben und auch Anfragen zeigen: Der Wohnungsmarkt in Limburg boomt. Die Mieter bisher städtischer

Immobilien haben auch nach einem Verkauf die gleichen Mietkonditionen.

Allerdings müssen wir ehrlich zu uns selbst sein: Die Verwaltung unserer Wohnungen kostet uns sehr viel Zeit und Geld - und ich bin sicher, dass Wohnungsbaugesellschaften bzw. private Unternehmen, die sich mit Wohnungsbau befassen, eine Bewirtschaftung gerade auch zum Wohle der Mieter besser machen können, da sie sich mit nichts anderem befassen. Insofern hoffen wir, jetzt beim Verkauf erfolgreicher zu sein.

Kinderbetreuung

37

Die Kinderbetreuung ist auch 2013 wieder der größte Einzelposten. Auch in diesem Jahr setzt sich die langfristige Tendenz fort, dass der Haushaltsansatz jährlich weiter ansteigt. Der Ansatz übersteigt in 2013 die 5-Millionen-Marke. Bereits jetzt sind weitere Steigerungen absehbar.

38

Dies zeigt, dass wir in den vergangenen Jahren die Kinderbetreuung zu einer wichtigen Aufgabe gemacht haben, welche auch in Zeiten, in denen in anderen Bereichen gespart wurde, weiter ausgebaut worden ist.

Dabei ist festzuhalten, dass wir in Limburg eine Infrastruktur in der Kinderbetreuung vorhalten, die nicht nur in der Region ohne Vergleich ist. Auch wird es bundesweit nicht viele vergleichba-

...

re Städte geben, die eine solch breit aufgestellte Kinderbetreuungslandschaft vorweisen können.

Kindertagesstätten in allen Stadtteilen - in einzelnen Stadtteilen sogar deren zwei. Den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, den wir eigentlich für die Gesamtstadt erfüllen müssten, erfüllen wir nahezu vollständig innerhalb aller Stadtteile.

Auch im Bereich der Kinderkrippen sind wir dabei, diesen Weg weiterzuführen! Die Tatsache, dass wir Kinder aus den Umlandgemeinden in unseren Kinderkrippen aufnehmen, zeigt, dass der Rechtsanspruch ab Sommer 2013 defacto schon erreicht ist. Allerdings hier nicht auf Ebene der Stadtteile.

Erkennbar ist aber auch, dass der Trend dahin geht, dass in wenigen Jahren die meisten Kinder ab zwei Jahren in Kinderbetreuungseinrichtungen gehen werden. Der Anteil derer, die zwischen ein und zwei Jahren einen Platz suchen, wird ebenfalls ansteigen.

Wir benötigen also schrittweise zusätzliche Kita-plätze. Wobei hier die Betonung wirklich auf „schrittweise“ liegt. Es ist beabsichtigt, dass wir uns jetzt auf unsere bestehenden Einrichtungen konzentrieren und dort die notwendigen U3-Plätze schaffen. Dies schafft Flexibilität, um für die Zukunft auf die Schwankungen der Geburtenzahlen zu reagieren.

Wir können insgesamt feststellen, dass die Kinderbetreuung der Stadt und ihren steuerzahlenden Bürgern sehr wertvoll und wichtig ist und wir eine sehr gute Infrastruktur mit den vielfältigsten Öffnungszeiten und Betreuungskonzepten anbieten. Hier sind wir kreisweit Spitze.

Es ist aber auch klar, dass wir uns diese Kinderbetreuungslandschaft nur leisten können, wenn wir auch hier, trotz der bereits geleisteten und noch weiter absehbaren Kostensteigerungen, die Mittel zielgerichtet einsetzen. „Bedarfsgerecht“ heißt nämlich nicht nur Ausbau - es heißt auch, dass wir auf Schwankungen reagieren müssen, um somit auch einen fairen Ausgleich zwischen den Stadtteilen zu schaffen.

Ich habe kein Verständnis dafür, wenn der Lokalpatriotismus die Zahlen außer Acht lässt und die Gruppenanzahl in einzelnen Stadtteilen als Statussymbol sieht. Ein solches Verhalten würde ganz schnell dazu führen, dass wir unser Konzept „Betreuung in allen Stadtteilen“ nicht mehr durchhalten können.

Und noch eines: Gerade im Kinderbetreuungsbereich ist zu beachten, dass wir uns die Kosten als Stadt nur leisten können, wenn wir im Bereich der Steuereinnahmen dieses Geld auch wieder reinholen. Steigende Ausgaben im Sozialbereich sind auf weitere Firmenansiedlungen dringend angewiesen! Das sollten auch alle beachten, die in Ansiedlungen nur die Verkehrsprobleme sehen!

...

Jugendpflege

40

In diesem Jahr versuchte die Stadtjugendpflege erneut, der großen Nachfrage nach Betreuungsangeboten in den Schulferien für Kinder im Grundschulalter gerecht zu werden. So gab es in allen Schulferien wieder Betreuungsangebote vor Ort.

Hier nenne ich die Walderlebnistage im Tal Josaphat in den Oster- und Sommerferien, in den Herbstferien eine Musicalproduktion in der Jugendfreizeitstätte mit anschließender Aufführung sowie das Angebot „Kinder entdecken Unternehmen“ in Kooperation mit dem lokalen Bündnis für Familie.

41

Des Weiteren fand in den Sommerferien für die Jüngeren die Integrative Kinderfreizeit in der Jugendherberge Weilburg statt. Hier wurde in Kooperation mit dem Jugendwaldheim ein kindgerechtes Programm rund um das Thema Wald angeboten.

Auch das Angebot für sogenannte „Lückekinder“ im Alter von 10 bis 14 Jahren wurde stark nachgefragt. Für diese Zielgruppe bot die Stadtjugendpflege in den Osterferien die Funsportwoche an, bei der Kinder und Jugendliche von 10-14 Jahren Trendsportarten wie Skaten, Breakdance, Parkour, Graffiti und Klettern ausprobieren konnten. Angeleitet wurden die Workshops von jungen

42

...

Menschen aus Limburg, die selbst in den jeweiligen Bereichen aktiv sind. Des Weiteren fand die Veranstaltung „kicken & lesen“ statt, ein Projekt, das von der Hessenstiftung - Familie hat Zukunft ausgeschrieben wurde und für das die Stadtjugendpflege den Zuschlag und somit 2.000,00 € erhalten hat. Das Projekt richtete sich an Jungen im Alter von 10 - 14 Jahren aus eher bildungsfernen Schichten, die über das Medium Fußball das Lesen näher gebracht bekamen.

Ebenfalls für diese Altersgruppe wurde die Survivaltour angeboten, bei der 15 Kinder und Jugendliche 3 Tage lang, nur mit dem Nötigsten ausgerüstet, das „Überleben“ in den heimischen Wäldern ausprobierten.

Bereits zum fünften Mal fand das Skatefest in gemeinsamer Organisation mit den Limburger Skatern statt.

Zudem gab es verschiedene Kurzzeitangebote wie das Heuhotelwochenende, die Wasserforscher und der Film im Cineplex mit anschließender Diskussion zum internationalen Holocaust-Gedenktag.

Im letzten Jahr fand erstmals eine Jugendfachtagung in Limburg statt, bei der 30 hauptamtlich Tätige in der Limburger Jugendarbeit zusammenkamen. Aus dieser Fachtagung entstanden zwei Arbeitsgruppen. Eine Gruppe führte eine

Befragung in Schulen durch, um sich einen besseren Überblick über die Bedürfnisse der Jugend in Limburg zu machen. Die andere Gruppe arbeitete eine Übersicht aus, in der die verschiedensten Angebote für Jugendliche in Limburg zusammen getragen wurden. Diese Fachtagung wird im November erneut stattfinden. Hier sollen unter anderem die Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen vorgestellt werden.

In der Schulsozialarbeit gab es in diesem Jahr einen Personalzuwachs. Frau Carolin Maxeiner wurde eingestellt und nimmt ihre Aufgabe an der Theodor-Heuss-Schule wahr. Frau Simon ist nun ausschließlich für die Goethe- und die Erich-Kästner-Schule zuständig.

44

Die Stadtjugendpflege bietet an beiden Grundschulen gemeinsam mit den Kolleginnen der Schulsozialarbeit das Projekt „Streittraining“ an. Hier werden die Kinder wöchentlich einmal im Umgang mit Streitsituationen geschult.

Durch die enge Zusammenarbeit mit der Schulsozialarbeit konnte die Stadtjugendpflege ihren Teilnehmerkreis erweitern und auch Zugang zu Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten und bildungsfernen Familien gewinnen.

...

Lokales Bündnis für Familie

45

Keinen Niederschlag im Haushalt findet das Bündnis für Familie, ist aber ihrer zahlreichen Aktivitäten wegen einer Erwähnung wert.

Dieses Bündnis von über 50 Partnern aus Wirtschaft und Wohlfahrtsverbänden hat in diesem Jahr zahlreiche Aktivitäten für Senioren ausgebaut. Eine Seniorentagesfahrt ins Kloster Seligenstadt, ein Sommerfest in der Kreismusikschule, eine Wandertour durch das Tal Josaphat und den Eduard-Horn-Park mit Abschluss im Café Denkmal. Des Weiteren sind Lesungen, Nachtwächterführungen sowie das Seniorensingen in der Kreismusikschule nur einige Beispiele für die Aktivitäten, die aus diesem Bündnis heraus für Senioren entstanden sind und ständig weiter entwickelt werden.

46

Ein weiteres größeres Ereignis hat seine Wurzeln ebenfalls im Bündnis für Familie Limburg. So fand am 01. Juni zum zweiten Mal der Aktionstag „Limburg engagiert sich“ statt, an dem Unternehmen Mitarbeiter für diesen Tag freigestellt haben, damit diese in sozialen Einrichtungen aktiv sein konnten. An diesem Tag waren unter anderem Mitarbeiter der Firma Eisen-Fischer, der Kreisverwaltung, der Stadt Limburg, der Naspä und der Vereinigten Volksbank in der Marienschule und der Erich-Kästner-Schule, im Wichernstift und in verschiedenen Kindertagesstätten im Einsatz.

47

...

Dieses Beispiel zeigt, dass der Aktionstag „Limburg engagiert sich“ zur weiteren Vernetzung beiträgt und durch diese Einsätze das Engagement und das Miteinander gefördert und gefordert werden.

Tourismus / Stadtmarketing

48

Erneute Zuwächse, sowohl bei den Ankünften (+ 7,1%) auf 86.422 als auch bei den Übernachtungen (+ 10,4%) auf 158.858, haben Limburgs Platz im Spitzenfeld der touristischen Destination „Lahntal“ gefestigt. Mittlerweile verfügen wir über die dritthöchste Übernachtungsziffer aller Städte entlang der Lahn. Hier erwarten wir auch weiterhin eine Stabilisierung auf hohem Niveau und dies mit leichten Zuwächsen. Dazu kann auch der Lahn-Wanderweg als Premium-Wanderweg beitragen, der jetzt endlich realisiert ist. Hiervon versprechen wir uns Zuwächse sowohl für die heimischen Hotelbetriebe als auch für unsere Gastronomie. Ein Stadtplan für Mobilitätseingeschränkte ist in Zusammenarbeit mit dem Verkehrs- und Verschönerungsverein erschienen. Er ist auch auf unseren neuen Info-Stelen abrufbar.

49

Die Zahl der Stadtführungen liegt mit jährlich 2.072 nach wie vor auf hohem Niveau.

50

51

...

Eine weitere Verbesserung der touristischen Infrastruktur erfolgt durch die Einrichtung von Stellplätzen für Wohnmobile in der Nähe des Campingplatzes.

Dem Bischof und dem Domkapitel bin ich dankbar, dass sie nach Verabschiedung der Domschwestern für Domführungen neue Schwestern gefunden haben, die den Besuchern Limburgs unser wichtigstes Bauwerk vorstellen können.

Um unsere gute Position in der Region im Bereich des **Stadtmarketings** auszubauen, werden wir eine „**Qualitätsoffensive Limburg**“ im Rahmen des bundesweiten Projektes „Service-Qualität Deutschland“ starten. Dabei hoffen wir auf viele Mitstreiter aus Handwerk, Einzelhandel und Dienstleistern.

Unseren beliebten Veranstaltungsmix werden wir beibehalten. Gemeinsam mit unseren Partnern und Sponsoren arbeiten wir ständig daran, die bestehenden bewährten Veranstaltungen für unser Publikum attraktiv zu halten. Dabei zählt Qualität absolut vor Quantität. Das „neue“ Limburger Oktoberfest in der Markthalle ist dafür ein aktuelles Beispiel.

Aufgrund ihres Haushaltsbegleitbeschlusses im vergangenen Jahr wird sich die Stadt gemeinsam mit einem Netzwerk aus Unternehmen, Schulen,

...

52

53

Vereinen und Politik an der „Fairtrade Deutschland-Kampagne“ beteiligen. Erste Gespräche hierzu verlaufen vielversprechend.

Politische Entscheidungen

54

Bereits in meiner letztjährigen Haushaltsrede hatte ich darauf hingewiesen, dass es nicht mehr so einfach ist, in dieser Stadtverordnetenversammlung Mehrheiten zu finden und dass Entscheidungsprozesse schwieriger und langwieriger werden können. Daher hatte ich appelliert, zunächst an das Wohl der Stadt zu denken und nicht an alle Einzelinteressen. **Wer Limburg im positiven Sinne weiterentwickeln will, kann sich lange Entscheidungsrunden nicht immer leisten und keine neue Langsamkeit ausrufen.** Dennoch zeigen beispielsweise die langen Beratungsrunden zur

- Südumgehung,
- dem Engergiekonzept oder
- der Sanierung des Altstadtparkhauses,

dass dieser Appell nicht immer angekommen ist. Bei der Südumgehung können wir dennoch, wie bereits erwähnt, unsere Chance zum Jahresabschluss nutzen.

...

Ein Energiekonzept hätte lange stehen können, wenn eine Mehrheit dem Vorschlag des Magistrats gefolgt wäre und bereits im Herbst 2011 das Angebot der Energieversorgung Limburg in Verbindung mit der Thüga angenommen hätte. Wenn Sie sich selbstkritisch hinterfragen, so werden Sie zugeben müssen, dass Sie in neun Beratungsrunden **substanziell** wenig gegenüber der ursprünglichen Vorlage verändert haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wer Mehrheiten hat, muss auch Verantwortung übernehmen. **Verantwortung für eine Stadt heißt, entscheiden.** Verantwortung heißt nicht, Themen ständig zu verschieben bzw. sich vor Entscheidungen zu drücken. Zahlreiche Warteschleifen sind unerträglich und schaden der Weiterentwicklung und dem Ansehen unserer Stadt.

Wenn uns die Hessen Agentur in einem Datenblatt zum demografischen Wandel im Oktober 2011 gute Perspektiven für die zukünftige Entwicklung der Bevölkerungszahl ebenso attestiert wie einen Zugang an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 8,5% (Hessen 0,5%, Mittelhessen 1,4%), einen Zugang von fast 2.000 Einpendlern sowie einen Zuwachs bei touristischen Übernachtungen von 48% (Hessen 10%, Mittelhessen 16%) **zwischen den Jahren 2000 und 2010 bescheinigt**, so ist dies auf unsere

günstigen Standortfaktoren, die prosperierende heimische Wirtschaft, aber nach meiner Einschätzung auch, **auf die Zuverlässigkeit der politischen Entscheidungen innerhalb dieses Zeitraumes zurückzuführen**. An dieser Zuverlässigkeit müssen wir, unabhängig von der Zusammensetzung dieses Hauses, arbeiten. Nicht das Interesse der Partei und taktische Überlegungen dürfen im Mittelpunkt stehen, sondern die positive Weiterentwicklung unserer Stadt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich komme zum Schluss.

Der Entwurf 2013 ist wie seine Vorgänger, unter den gegebenen Rahmenbedingungen, ein solider Haushalt. Ich wünsche Ihnen eine gute Beratung. Wie in jedem Jahr stehen die Kämmerei, die Fachämter, der 1. Stadtrat und der Bürgermeister zur Verfügung, Sie dabei zu unterstützen. Sie haben die Chance am 17. Dezember mit der Verabschiedung des Etats einen weiteren wichtigen Baustein zur positiven Weiterentwicklung unserer Stadt zu beschließen.

Der Soziologieprofessor Dr. Harald Welzer vom Kulturwissenschaftliches Institut Essen hat während einer Vortragsveranstaltung im Juni 2012 gesagt:

„Es gab in der Geschichte noch nie eine Phase, in der die Unsicherheit so groß war, wie es weiter- bzw. ausgeht!“

Insofern, denke ich, sind wir gut beraten, sparsam zu wirtschaften, Schulden zu senken, einen Haushalt ohne Fehlbetrag anzustreben und unseren Kindern und Enkeln keine Schuldenberge zu hinterlassen.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Martin Richard". The signature is written in a cursive style with a large initial 'M'.

Martin Richard
Bürgermeister